

# Protokoll der Mitgliederversammlung vom 11. Mai 2010

---

Ort: Dübendorf, Restaurant Hecht  
Zeit: 19.30-21.45 Uhr  
Sitzungsleitung: Philipp Maurer  
Protokoll: Ulla Blume  
Anwesend: 41 Mitglieder

---

## 1. Begrüssung

Philipp Maurer begrüsst die Anwesenden und lässt folgende Personen entschuldigen:

Jeanine Kosch, Margrit Juvalta, Regula Kaeser, Karin Meier-Bohrer, Ursula Sigg, Matthias Christen, Kerstin Knebel, Peider Filli, Felix Böni, Esther Herrmann, Pierre-Alain Monot, Thomas Wyss, Edith Häussler, Maria Ackermann & Grüne Adliswil, Margrith Gysel, Ueli Gysel, Matthias Herfeldt, Bastien Girod, Lilith Hübscher, Reto Diener, Daniel Leupi, Christoph Hug

Das Co-Präsidium der Grünen Dübendorf begrüsst die Anwesenden herzlich in Dübendorf:

### Dübendorf – Die Stadt



### Dübendorf – Die Köpfe



### Dübendorf – Unsere Partei



Co-Präsidium Stefan Kunz & Peter Jann  
Vorstandsgruppe Beat Hess & Peter Boos

3.57 % Wähleranteil (GR-Wahlen 2010)

17 Mitglieder

Peter Jann seit März 2010 im GR

Gemeinsame Fraktion mit der SP

Einsitz Kommission Raumplanung & Landgeschäfte



### Dübendorf – Unsere Vision



---

## 2. Traktandenliste

Die Traktandenliste wird ohne Änderungen genehmigt.

---

## 3. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 1. Februar 2010

Das Protokoll wird ohne Korrekturen genehmigt.

---

## 4. Mitteilungen aus Vorstand, Fraktion und Partei

### Wahlen 2010

- Organisation:

<b>Vorstand</b>	<b>Kernwahlgruppe</b>	<b>Erweiterte Wahlgruppe</b>
Einsetzen Wahlgruppe	Jeanine Kosch Philipp Maurer	
Auftrag Wahlgruppe	Esther Guyer Markus Kunz	Wahlgruppe + 1 Wahlkampf- verantwortlicheR
Wahlbudgetrahmen	Kathy Steiner Ulla Blume RR-KandidatIn	aus jedem Wahlkreis

- Ziele:
  - o Kantonsrat: mittelfristig 15% WählerInnenanteil
  - o Regierungsrat: Sitzgewinn
  - o Nationalrat: 5 Sitze (+1)
  - o Ständerat: Kandidatur
- Zeitplan:
  - o 25. August 2010: Bekanntgabe der KR-SpitzenkandidatInnen an der MV
  - o September/Oktober 2010: Nomination Regierungsratskandidatur an der MV
  - o 3. April 2011: Kantonsrats- und Regierungsratswahlen (2. Wahlgang: 15. Mai 2011)
  - o 23. Oktober 2011: Nationalrats- und Ständeratswahlen (2. Wahlgang: 27. November 2011)
- Inhalte
  - o Kantonale Volksinitiative?
  - o Mögliche Themen: Atomausstieg und Langzeitlagerung / Verkehrssicherheit für Velofahrende und FussgängerInnen / Kulturlandinitiative

## **Partei**

- Im Adliswiler Gemeinderat bilden die Grünen nun eine eigene Fraktion und wählen Vertreter in Kommissionen. Am 4. Juni findet in Adliswil ein Fest statt, an das alle herzlich eingeladen sind. Mehr Infos:  
<http://www.gruene-zh.ch/aktuell/veranstaltungen/>
- Wir sammeln Unterschriften für das Referendum zum Abbau der Arbeitslosenkasse, für die Petition «Keine Agrotreibstoffe, die zu Hunger und Umweltzerstörung führen» und für die Petition « Gleiche Chancen für alle Familien».
- Veranstaltungen: Am 24. Mai findet der «Menschenstrom gegen Atom» statt, Flyer liegen vorne. Am 25. Mai findet die Buchvernissage von Bastien Girods Buch «Green Change» in der Buchhandlung Sphères in Zürich statt. Mehr Infos auf unserer Website [www.gruene-zh.ch](http://www.gruene-zh.ch).
- Esther Hildebrand hat das Kantonsrats-Präsidium abgegeben und damit ihr Präsidialjahr abgeschlossen. Wir danken ihr für ihre grossartige Arbeit und für ihren Einsatz.
- Im Präsidium der Grünen Stadt Zürich gab es einen Wechsel, Markus Kunz gab sein Amt an Karin Rykart und Christoph Hug weiter.
- Markus Kunz bleibt uns aber in einer neuen Parteifunktion erhalten: Er wird in die Geschäftsleitung der Grünen Schweiz gewählt.
- Auch bei den Jungen Grünen wurde ein neues Präsidium: Alma Redzic und Jonas Landolt lösten Christina Hug und Matthias Probst ab. Alma wird sich mehr um den Kanton kümmern, Jonas der Stadt Zürich

## **Fraktion**

- Das 1. Quartal 2010 im Kantonsrat war «Kraut und Rüebli»: Themen waren die KEF-Erklärungen, der Staatshaushalt mit dem Sanierungsprogramm (San10), der umstrittene Brüttener Tunnel, das ebenso umstrittene Gerichtsorganisationsgesetz, der Skandal Migrationsamt.
- Erfolgreich waren wir zum Beispiel mit der Parlamentarischen Initiative zum Gebäudeprogramm von Martin Geilinger.
- Nach wie vor ist es schwer Mehrheiten zu finden.
- Ausblick auf das nächste halbe Jahr: Energiegesetz, KR-Wahlen.

## **Nationalrat: Marlies Bänziger**

- Die Nationalratsfraktion steht kurz vor der Sommersession, wo es um folgendes gehen wird: Ausschaffungsinitiative mit oder ohne Gegenvorschlag, CO<sub>2</sub>-Gesetzesrevision als Gegenvorschlag zur Grünen Klimainitiative (Ausgang unklar).
- Die Finanzkommission beschäftigt sich mit dem Konsolidierungsprogramm, mit dem 1.5-3 Mia. gespart werden sollen. Das hat Einfluss auf die Budgetdebatte.
- Ein weiteres Thema ist der UBS-Deal: Staatsvertrag Schweiz-USA kommt als Vorlage. Es ist noch unklar, ob das referendumsfähig ist. Wir stellen Bedingungen: SP: Bonussteuer, Massnahmen gegen «too big to fail». Grüne: Trennbankensystem, Unterscheidung Steuerhinterziehung und Steuerbezug aufheben unabhängig von bilateralen Abkommen.

## **Junge Grüne**

- Die städtische Flachdach-Initiative wurde am 27.1. lanciert: Flachdächer sollen damit entweder begrünt, mit Solarzellen bestückt oder begehbar sein. Die Hälfte der Unterschriften ist gesammelt, die Initiative soll evtl. auch in anderen Städten lanciert werden.
- KR-Wahlen: mit den Vorbereitungen soll rechtzeitig angefangen werden. Jetzt läuft die Suche nach jungen Kandidierenden im ganzen Kanton.

## **Abstimmungssparole 17. Juni 2010**

- Volksinitiative «Kinderbetreuung JA»: Die Grünen sagen sowohl zur Initiative wie auch zum Gegenvorschlag JA, Stichfrage: Initiative «Kinderbetreuung JA». Materialien liegen auf.

---

## **5. Wahl der StimmenzählerInnen**

Max Homberger wird stillschweigend als Stimmenzählerin gewählt.

---

## **6. Jahresbericht und Jahresrechnung 2009**

### Jahresbericht

Der Jahresbericht wurde als Beilage mit der Einladung zur Generalversammlung verschickt und wird nicht verlesen. Wichtigste Punkte sind

Wir haben während des Wahlkampfes für die kommunalen Wahlen 2010 den grafischen Auftritt für die Kantonsrats-Wahlen definiert: So erreichen wir einen hohen Wiedererkennungseffekt und Effizienz und können Kosten sparen.

Als grossen Erfolg Grüner Politik können wir den Gegenvorschlag zu unserer Energie-Initiative verbuchen. Ohne unsere Initiative wäre der Kredit nicht verdoppelt worden.

Daniel Vischer: Dank ans Co-Präsidium, das einen sehr guten Start hingelegt hat.

### Beschluss:

Die Mitgliederversammlung der Grünen Kanton Zürich genehmigt den Jahresbericht 2009 einstimmig

### Jahresrechnung

Wir konnten 2009 viele Rückstellungen schaffen – aber sind ist noch nicht genug für die Wahlen 2011. Durch die Annahme des Gegenvorschlags zu unserer Energie-Initiative konnten wir Geld und Ressourcen sparen. Für die Pauschalsteuer-Kampagne haben wir etwas ausgegeben, aber das hat sich sehr gelohnt, ebenso die Vorinvestitionen für die Wahlen 2011. Im Bereich Marketing haben wir in die Neugestaltung von Website und Mitgliederzeitung investiert – auch dies war im Hinblick auf die Wahlen ein guter Schritt.

Die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen sind leicht gestiegen, mehr Mitglieder wären sehr gut für uns, nicht nur finanziell! Bei den Behördenabgaben haben wir allerdings etwas verloren.

Dank ans gute Sekretariat.

Revision: Maria Rohweder verliest den Revisionsbericht, Die Revisorinnen empfehlen der Generalversammlung die Jahresrechnung zur Abnahme. Ein spezieller Dank geht an Regula Kaeser für die sorgfältige und korrekte Buchhaltung.

Beschluss:

Die Mitgliederversammlung der Grünen Kanton Zürich genehmigt Jahresrechnung und Revisionsbericht 2009 einstimmig und erteilt dem Vorstand so Entlastung.

---

**7. Thema**

**Reform Zürcher Finanzausgleich (REFA) – Was bringt er uns?**

**Input**

Max Homberger (Kantonsrat)

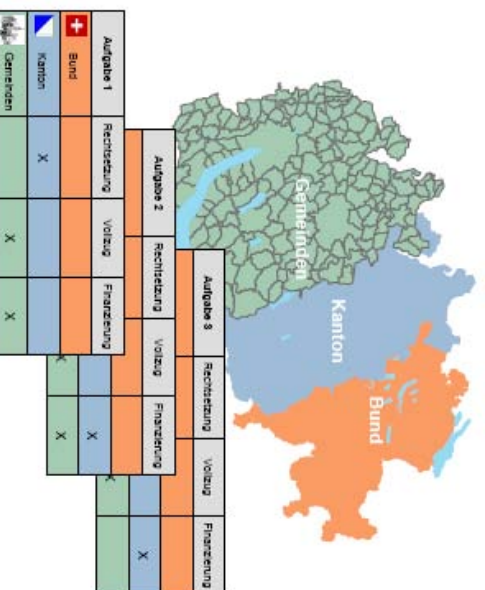
Siehe Präsentation.

## Übersicht

- **Ziele des Finanzausgleichs**
- 2. Schwächen des bestehenden Finanzausgleichs
- 3. Analyse der finanziellen Unterschiede
- 4. Der neue Finanzausgleich und seine Instrumente
- 5. Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs
- 6. Varianten zum Antrag des Regierungsrats
- 7. Fazit

## Reform des Finanzausgleichs im Kanton Zürich

### Begründung des Finanzausgleichs Föderalismus und Gemeindeautonomie



### Ausgleich der ungerechtfertigten finanziellen Unterschiede

#### Gerechtfertigte finanzielle Unterschiede

- sind die Folge individueller, autonomer Gemeindeentscheide (Leistungsangebot, Gemeindeorganisation, Steuerruss etc.)
- müssen die Gemeinden tragen

#### Ungerechtfertigte finanzielle Unterschiede:

- sind die Folge äusserer Umstände, welche die Gemeinden nicht ändern können (geografische Lage, Steuerkraft etc.)
- muss der Finanzausgleich vermindern

Anforderungen der Verfassung an den Finanzausgleich

**Verfassung des Kantons Zürich**  
(vom 27. Februar 2005)

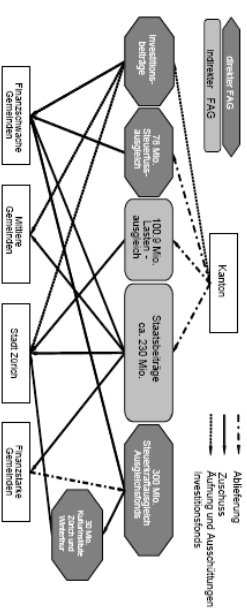
**Art. 85** Die Gemeinden regeln ihre Angelegenheiten selbstständig. Das Kantonsrecht gewährt ihnen möglichst weite Handlungsspielräume.

**Art. 95** .....  
Kanton und Gemeinden stellen sicher, dass die öffentlichen Aufgaben wirtschaftlich, nachhaltig und von der geeigneten Trägerschaft erfüllt werden.

- Art. 127** .....  
Der Finanzausgleich:  
a. ermöglicht den Gemeinden die Erfüllung ihrer notwendigen Aufgaben;  
b. sorgt dafür, dass die Gemeindesteuern nicht erheblich voneinander abweichen.

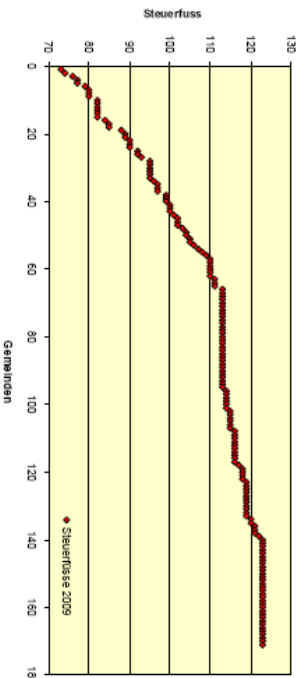


# Der heutige Finanzausgleich



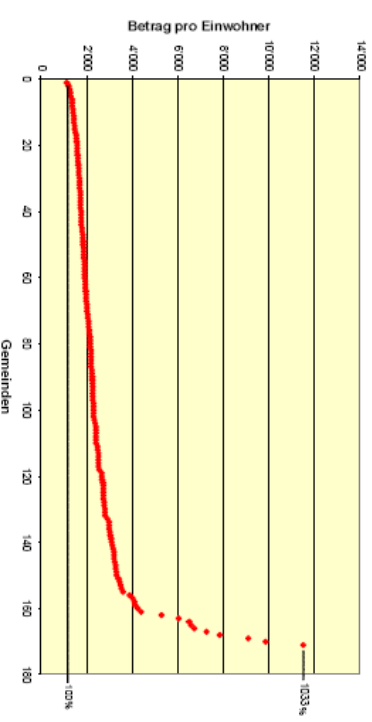
Daten und Darstellung: DfK, in Anlehnung an Rechnungsjahr 2007, Standende 2006

## Auswirkungen auf die Steuerfüsse



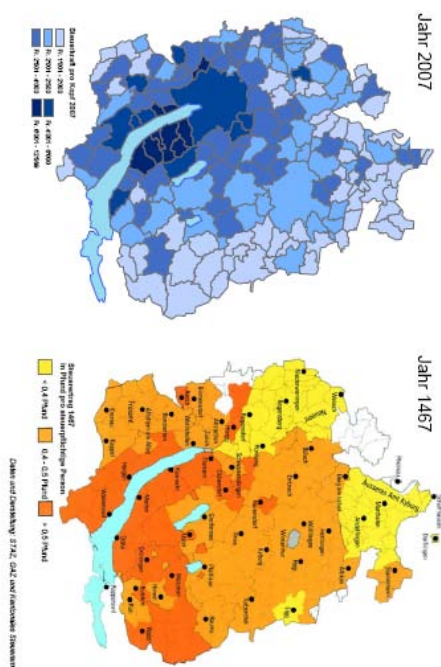
Daten und Darstellung: DfK, Standende Dezember 2009

## Ausmass der Ressourcenunterschiede (reale Steuerkraft)

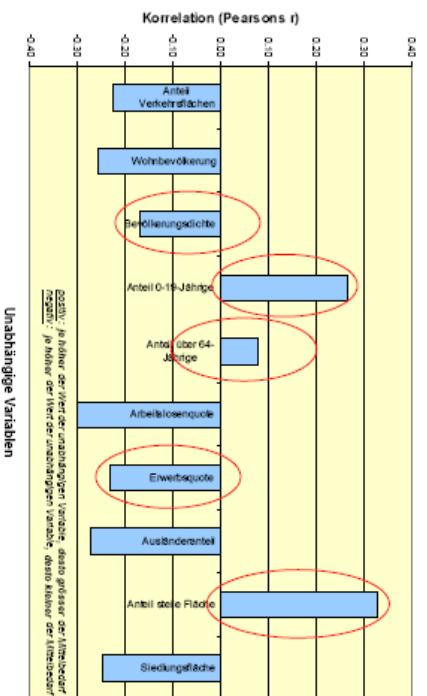


Daten und Darstellung: DfK, Standende Dezember 2009

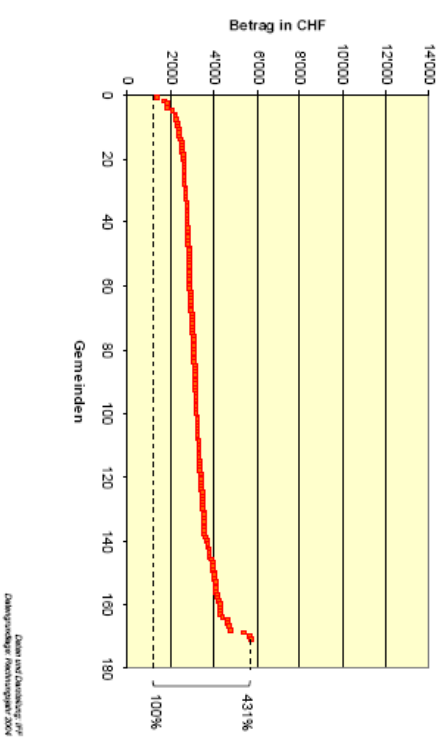
# Geografie und Geschichte der Ressourcenunterschiede



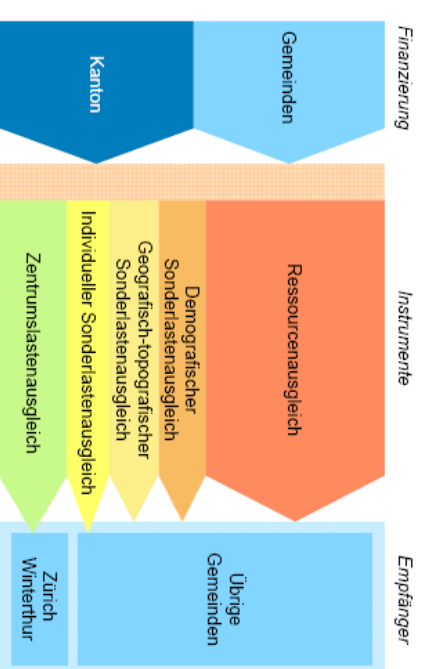
## Ursachen für Ausgabenunterschiede



# Ausgabenunterschiede (Mittelbedarf pro Kopf)



## Das neue Ausgleichsmodell und seine Instrumente



## Erfahrungen aus den Gemeinden

Matthias Gfeller (Stadtrat, Winterthur)

### Punkt 4: Angemessene Dotierung des Zentrumslastenausgleichs.

---

- Das neue Finanzausgleichsgesetz legt für die Stadt Zürich in § 29 die Zentrumslasten mit CHF 432,9 Mio. fest.
  - ➔ Zentrumslastenausgleich pro Kopf: CHF 1'261.52
- Für die Stadt Winterthur werden in § 30 FAG die Zentrumslasten mit CHF 74,6 Mio. festgelegt.
  - ➔ Zentrumslastenausgleich pro Kopf: CHF 802,47.
- Herleitung der angemessenen Dotierung:
  - ➔ Bevölkerung Stadt Winterthur 2005: 92'963
  - ➔ Höhe gleicher Ausgleich wie Stadt Zürich:  $92'963 \times 1'261.52 = \text{CHF } 117,3 \text{ Mio.}$
- Forderung der Stadt Winterthur:
  - ➔ Zentrumslastenausgleich von CHF 110 Mio.

Winterthur braucht einen Zentrumslastenausgleich wie Zürich, aber er muss hoch genug sein, nämlich ähnlich hoch pro Kopf wie in Zürich, z.B. für die Polizei.

Geografisch: Winterthur ist am Stadtrand stark gewachsen: Es brauchte gleich drei neue Schulhäuser nach Vorgaben des Kantons (teuer). Das hat auch raumplanerische Konsequenzen (Verdichtung). Trotzdem wurden viele Bauzonen zurückgezogen. Es gibt hohe Kosten.

Winterthur wurde im 15. Jahrhundert an Zürich verpfändet, Zürich hatte grossen Einfluss auf Winterthurs Entwicklung.

Röbi Brunner (Kantonsrat, Steinmaur)

Artikel 6 der Kantonsverfassung verpflichtet Kanton und Gemeinden zu nachhaltiger und umsichtiger Entwicklung.

Grundsätzliche Kritik am reformierten Finanzausgleich (als einziger in der Fraktion):

1. orientiert sich nicht an Nachhaltigkeit
2. verschlechtert die Chancen der Gemeinden
3. wird insgesamt zu Senkung des Steuerfusses führen

Beispiele:

- Steinmaur: gedrückte Steuerkraft von ca. 2'500.- pro EinwohnerIn, ähnlich wie Winterthur, würde profitieren.
- Neri: ca. 3'500.- Steuerkraft pro EinwohnerIn, muss in den Ausgleich zahlen, aber nicht genug, denn das ist eine Rosinenpicker- und Minimalisten-Gemeinde.

Der Finanzausgleich strebt zwei Ziele an:

1. Den Gemeinden die Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglichen → Warum nur beträgt er dann nur 95%?
2. Den Steuerfuss ausgleichen → Warum wird dann kein Maximalsatz festgelegt?

Tatsächlich wird in den Gemeinden jedoch «kreative Buchhaltung» betrieben. Was ist notwendig, was ist Luxus?

Gemeindefusionen könnten helfen, aber die besser gestellten Gemeinden haben kein Interesse an Fusionen, die schlechter gestellten finden keine Fusionspartner.

Diverse Aufgaben müssten im Rahmen des Ausgleiches vom Kanton finanziert werden, der kantonale Steuerfuss ist nämlich überall gleich gross. Aber die Bürgerlichen in der Regierung wollen das nicht. Sie haben den Finanzausgleich so ausgerichtet, dass die unzufriedenen Gemeinden das Referendum nicht schaffen. Die Vorlage sollte die Finanzierungsschlüssel vereinfachen, aber das wurde verpasst.

## **Diskussion**

Martin Graf: Für einige Gemeinden, zum Beispiel Bachs, gibt es keine Lösung. Die Regierung drückt sich um die Lösung solcher Probleme. Der REFA bringt aber mehr Gemeindeautonomie und die Gemeinden müssen endlich wirklich Verantwortung übernehmen. Gemeinden können auch mit geringeren Steuereinnahmen (unter 2'000.- pro Kopf) funktionieren. Den demografische Ausgleich braucht es auf jeden Fall. Insgesamt ist der Finanzausgleich zu begrüßen, auch wenn er nicht alle Probleme lösen kann.

Daniel Vischer: Im Verfassungsrat hat sich Linksgrün für Fusionen/Regionalisierung eingesetzt. Gemeindeautonomie ist ein Witz – die wenigsten Gemeinden sind in der Lage, für sich selbst zu sorgen. Vor einem Finanzausgleich muss man erst grundsätzlich Gemeindestrukturen überdenken, also besser eine Gemeinderevision vornehmen. Wir Grünen sollten Vorstösse für Gebietsreformen machen.

Martin Geilinger: Der REFA löst nicht alle Probleme: Es bräuchte einen 100-prozentigen Steuerfussausgleich. Trotzdem bringt uns die Vorlage einige Schritte weiter. Sie bringt zwar keine Gemeindefusionen, räumt aber einige (finanzielle) Hindernisse dafür aus dem Weg. Der Finanzausgleich ermöglicht, dass sich Gemeinden, die sich profilieren wollen, das auch können. Heute haben Gemeinden, die im Steuerfussausgleich sind, keine Möglichkeiten Eigenkapital zu schaffen. Im neuen System können sie sich wieder «hocharbeiten».

Röbi Brunner: Früher hat der Regierungsrat Gemeinden nach Belieben einfach zusammengelegt, so sollte es auch heute sein. Akutspital, Spitex etc. lohnen sich erst ab gewisser Grösse. In Sachen Bauzonen wäre eine grössere Planung wichtig. Heute geht die Tendenz in Richtung Professionalisierung, aber Professionalisierung kostet auch mehr.

Max Homberger: Das neue Modell ist transparenter und klüger als das bisherige. Gemeindefusionen machen Sinn, Schule, Gesundheit etc. sollten Sache des Kantons sein. Aber momentan lassen sich im Kanton dafür keine Mehrheiten finden.

Balthasar Glättli: Gemeindefusionen sind ein Thema, das wir Grünen angehen sollten, aus den Behörden kommt es nicht. Auch für die Stadt Zürich hat der Finanzausgleich Relevanz, sie braucht eine gewisse Planungssicherheit (wie auch Winterthur) und die wird mit dem neuen Modell besser gewährleistet. Die Städte bieten schliesslich viele Leistungen, die von der gesamten Kantonsbevölkerung genutzt werden.

Rico Croci: Wald ist die sechstschwächste Gemeinde im Kanton (1'500.- pro Kopf), und trotzdem aus eigener Kraft aus dem Steuerfussausgleich herausgekommen. Eine neue Regelung ist auf jeden Fall wichtig. Der neue Finanzausgleich müsste besser ausgleichen, als das heute der Fall ist.

Matthias Gfeller: Gebietsreformen hätte man mit der Verfassung erreichen müssen: Weniger Bezirke (5-6) und dann Gemeindefusionen. Offenbar ist dafür aber der Leidensdruck auf die Gemeinden noch nicht gross genug. Da könnte die Grüne Kantonsratsfraktion ja eine parlamentarische Initiative lancieren.

Ralf Margreiter: Realpolitisch halten die Gemeinden an ihrer Autonomie fest. Zum Finanzausgleich wird es sicher ein Referendum geben, wir müssen uns nun überlegen, wie wir uns da positionieren: Mit den reichen Zürisee-Gemeinden gegen die Vorlage?

Philipp Maurer: Das Thema hat viel Diskussionsbedarf. Im Glarus hätte das Begehren im Landrat keine Chance gehabt. → Es ist ein Thema in der Bevölkerung.

Daniel Vischer: Die Gemeinden sollen im z.B. auch Erwachsenenrecht professionelle Strukturen schaffen. RR Aeppli hat die Chance verpasst, das für Reformen zu nutzen.

Röbi Brunner: Das Referendum wird kaum zustande kommen. Das Problem werden nicht die Finanzen sein, sondern die mangelhafte Professionalisierung.

Marlies Bänziger: Fusionsgedanken werden aus dem Mangel an Behördenmitgliedern wachsen. Fusionen bedeuten weniger Behördenmitglieder, aber auch Abgabe von Macht. Gemeinden können aber Dienstleistungen auch (ohne Fusionen) bei anderen Gemeinden einkaufen/auslagern. → Gemeindefusionen sind in der Bevölkerung mehrheitsfähig, aber nicht in den Behörden.

Martin Graf: Effretikon verkauft solche Dienstleistungen und arbeitet immer nur mit den gleichen Gemeinden zusammen, mit Anschlussverträgen. Damit wird aber auch die kommunale Demokratie der anderen Gemeinden unterwandert. Am Schluss sollte das zu echten Fusionen führen.

Susanne Rihs: Warum nicht dieses Thema für den Wahlkampf wählen?

---

## **8. Varia**

Am Pfingstmontag findet der Menschenstrom gegen Atom statt. Alle sollen kommen und noch 5 Personen mitbringen.

---